

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserer heutigen 77. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich zwölf Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten in die Beratung unserer heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe den einzigen Tagesordnungspunkt auf:

Fortsetzung der Haushaltsberatungen vom 11. Dezember 2002

Meine Damen und Herren, wir haben gestern die Haushaltsberatungen nach der Beratung des Einzelplans 13 unterbrochen und setzen sie heute fort.

Ich rufe **Nummer 1** auf:

Gemeindefinanzierungsgesetz 2003

Ich weise auf die **Beschlussempfehlung Drucksache 13/3317** des Haushalts- und Finanzausschusses hin. Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Palmen das Wort.

Manfred Palmen (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um zu verstehen - das gilt insbesondere für die Zuhörer -, warum mit der heutigen Diskussion des Regierungsentwurfs zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 ein weiteres schwarzes Jahr für die kommunale Familie beginnt, möchte ich - mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident - aus der "Frankfurter Rundschau" vom 28. November 2002 zitieren, die unter der Überschrift "In der Steuerfalle" nachfolgend das "wunderbare Bild" der Lage der kommunalen Familie beschrieben hat:

"Bei Rundgängen durch historische Stadtkerne führt die Route zumeist an einem Bauwerk vorbei: dem Schuldturm. In diesen wurden früher Bürger gesperrt, die ihre Schulden nicht bezahlen konnten. Die touristische Sehenswürdigkeit erlangt derzeit unverhoffte Aktualität als Sinnbild für die prekäre Situation vieler Städte. Je-

ne, die nicht über ein solches Gemäuer verfügen, müssten sich eigentlich schleunigst eines hinstellen: Denn der Großteil der Kommunen"

- 14.508 Städte und Gemeinden -

"ist de facto pleite. Etwa 90 % haben keinen ausgeglichenen Haushalt, bei der Hälfte regiert der Sparkommissar."

Sie wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass viele Kritiker mit Schuldzuweisungen schnell bei der Hand sind: Die Kommunen seien selbst verantwortlich für die Misere, hätten jahrelang das Geld zum Fenster hinausgeworfen, so mancher Rat habe sich mit unnötigen Investitionen selbst ein Denkmal gesetzt.

Das war vielleicht auch einmal so. Für die vergangenen zehn Jahre stimmt es jedenfalls nicht mehr. Denn die kommunale Familie hat in dieser Zeit anders als das Land teilweise bis zur Schmerzgrenze gespart. Dass dennoch eine immer größere Lücke in ihren Haushalten klafft, führt zum Kern des Problems: Die Einnahmen der Kommunen sind deutlich gesunken, die ihnen übertragenen Aufgaben und damit die Kosten merklich gestiegen.

Das liegt zum Teil an der flauen Konjunktur, dem Abschwung seit zwei Jahren, der höheren Arbeitslosigkeit und den teils schrumpfenden Gewinnen bei Unternehmen. Die eigentliche Ursache für diese Misere, die sich inzwischen zur Katastrophe und zur erstmaligen Existenzkrise der kommunalen Selbstverwaltung nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hat, liegt aber an einem schwarzen Freitag, dem 14. Juli 2000, an dem der Bundesrat unter maßgeblicher Federführung und dem Druck des Landes Nordrhein-Westfalen den am 1. Januar 2001 in Kraft getretenen verhängnisvollsten Steuerreformen zustimmen und der Gemeinden zugestimmt hat, die es je gegeben hat.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

- Herr Groth, Sie sind gleich dran, und alle werden staunen, dass Sie das Gleiche wie seit sieben Jahren erzählen, und dass nichts dabei herauskommt. - Der Hauptverantwortliche nach dem Bundeskanzler und dem Ministerpräsidenten Clement sitzt normalerweise dort; das ist nämlich Ministerpräsident Steinbrück. Er war an diesem 14. Juli, aber auch vorher, als Sprecher der SPD-regierten Länder maßgeblich beteiligt.

Was dann in Nordrhein-Westfalen folgte, wissen Sie inzwischen alle:

- Wir hatten ein Finanzierungsdefizit von mehr als 1 Milliarde € in 2001.

- Alle Verwaltungshaushalte hatten 2,15 Milliarden € Fehlbeträge - der höchste Fehlbetrag nach dem Krieg -
- 98 Städte und Gemeinden in 2001, 108 in 2002 mit Haushaltssicherungskonzept
- Rückgang der Gesamtsteuereinnahmen um 880 Millionen € allein in 2001, darunter 640 Millionen € Gewerbesteuer. Als Krönung kam beim Land - Herr Groth. hören Sie zu! - ein Steuerausfall von 5,809 Milliarden DM hinzu. Das hat zur Rekordnettokreditaufnahme nach dem Krieg von 10,570 Milliarden DM geführt. In DM ausgedrückt hören sich die Zahlen so katastrophal an, wie sie wirklich sind.
- 254 der 396 Städte, also zwei Drittel aller Verwaltungshaushalte, sind defizitär, darunter jede sechste Stadt oder Gemeinde mit mehr als 10 % Unterdeckung. Gleichzeitig stiegen aber die sozialen Lasten und Leistungen um 3,1 %.

Das hat sich im Haushaltsjahr 2002 als Katastrophe fortgesetzt. Wie Sie wissen, sind die Steuereinnahmen der kommunalen Familien im ersten Halbjahr um 13 % gesunken, insbesondere die Gewerbesteuer nochmals um 20 %. Alle Einnahmenarten sind negativ, aber die Sozialausgaben sind um 4,1 % gestiegen. Nach der neuesten Steuerschätzung verliert dieses Land 1,5 Milliarden € in 2002 und die Kommunen weitere 0,5 Milliarden €.

Die Verwaltungshaushalte aller 430 kommunalen Gebietskörperschaften werden einen Fehlbetrag - das hat uns der Kommunalminister im Finanzkommunalbericht vorgelegt - von über 3 Milliarden € zu Weihnachten aufweisen. Das Land wird Ende des Jahres - nach Rekordkreditaufnahmen unter der Amtszeit des jetzigen Ministerpräsidenten von über 10 Milliarden € - einen Schuldenstand von wahrscheinlich 91,5 Milliarden € haben.

An die Koalition sage ich Folgendes: Als Sie am 8. Dezember 1966 die Verantwortung in diesem Lande übernommen haben, waren es 631 Millionen €. Herr Jäger, jetzt haben wir das 143-Fache. Da sitzen die Verantwortlichen - von da nach da bis da vorne.

Warum wird Ihnen das eigentlich alles erzählt? - Das geschieht deshalb, damit vor allem diejenigen, die es verstehen müssen, wissen, warum die "Welt am Sonntag" am 17.11. unter der Überschrift "Die größte Stadt am Niederrhein steht vor dem Finanzkollaps - Dämmerung in Duisburg" einen Artikel gebracht hat. Der Kämmerer, Herr

Dr. Langner, betreibt das dort sehr engagiert. Drastisch sind die Ursachen beschrieben worden.

Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis zitiere ich auch das:

"Ich bin weit davon entfernt, nur das längst gewohnte Kämmererjammern fortzusetzen. Für uns hat eine absolut neue Zeitrechnung begonnen. Es geht um eine Qualität, wie wir sie seit Bestehen der Republik noch nicht gekannt haben; denn nicht die Ausgaben laufen uns davon, sondern in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden reichen die Einnahmen nicht mehr aus, um auch nur die nötigsten Pflichtaufgaben zu finanzieren. Natürlich spielt die Konjunktur dabei eine Rolle. Aber dahinter wird vor allem eine seit spätestens 1993 verfehlte Steuer- und Finanzpolitik sichtbar, eine Politik, für die der Bund und die Länder allein verantwortlich zu machen sind."

Dann sagt er noch:

"Duisburg nimmt 2002 weniger an Steuern und Landeszuweisungen ein als vor zehn Jahren."

Diese Situation erfordert ein Handeln der Landesregierung. Was aber tut die Landesregierung für das Jahr 2003 in dieser dramatischen Lage, sich natürlich ihrer verfassungsrechtlichen Verantwortung für einen gesicherten kommunalen Finanzstatus sehr wohl im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit voll bewusst? - Der Kommunalminister appelliert an die kommunale Familie, ihre Anstrengungen zur Begrenzung des Ausgabenanstiegs wieder nachhaltig zu verstärken, Leistungsangebote und Aufgabenerfüllungen auf den Prüfstand zu stellen, als wenn wir das nicht schon längst gemacht hätten, und - unvermeidbar - die Ausgaben den dauerhaft verfügbaren Einnahmen anzupassen.

Der Finanzminister - also unser jetziger Ministerpräsident - hat das aber offensichtlich anders entschieden; denn der Finanzminister wird im Jahr 2003 - natürlich mit Zustimmung der Koalition - sage und schreibe 1,35 Milliarden € oder - zum besseren Verständnis - rund 2,7 Milliarden DM weniger an die kommunale Familie überweisen als 2002.

Während der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung vom "Zukunftsland Nordrhein-Westfalen", von "Klarer Kurs" und von "Konzentration der Kräfte" - jetzt achten Sie bitte auf die Wortwahl - "Gemeinsam für Nordrhein-Westfalen" sprach, hat er eines leider vergessen,

(Beifall von Frank Baranowski [SPD])

- Herr Baranowski: Die kommunale Familie!

Die vom nordrhein-westfälischen Städtetag als finanzwirtschaftliche Katastrophe beschriebene Lage ist wie folgt zustande gekommen: Die Abrechnung des Jahres 2001 entzieht den Kommunen 664 Millionen €. Die in 2002 ausgezahlte positive Abrechnung des Jahres 2000 fehlt, und zwar mit 185 Millionen €. Die Schulpauschale wird um 80 Millionen € gekürzt.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Was ist das denn für ein Quatsch?)

Die Abminderungshilfe für überdurchschnittliche Schülerfahrtkosten, der rechtswidrige Beitrag zur Anschubfinanzierung der Gemeindeprüfungsanstalt, die Kürzung bei Übungsleiterpauschalen, die Stadterneuerung, die Denkmalpflege, die Bodendenkmalpflege, die Museumsneubauten und die Weiterbildungseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft sind berührt. Ich lese das einfach so vor. Sie haben vorhin wahrscheinlich auch den Zuruf von Herrn Minister Horstmann "Was ist das denn für ein Quatsch?" gehört.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Ja, ist doch so!)

- Das ist die einzige Reaktion der Regierungsbank, nämlich zu fragen: Was ist das für ein Quatsch?

(Beifall bei der CDU)

Zum Schluss wird sogar noch im Rahmen des Ausgleichs besonderer Härten bei der Erhebung von Abwassergebühren und anderen Dingen gekürzt, sodass die Kommunen mit weiteren 90 Millionen € belastet werden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann man doch wohl nicht tatsächlich allen Ernstes als "Quatsch" bezeichnen. Die Tatsachen kommen nämlich in den 396 Städten und Gemeinden an.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Das habe ich nicht gesagt!)

Zum krönenden Abschluss wird als Folge der Steuerschätzung 2002 im November ---

(Minister Dr. Axel Horstmann: Schulpauschale - das ist eine Lüge!)

- Ich würde an Ihrer Stelle das Wort "Lüge" sehr vorsichtig handhaben. Ich würde das sehr, sehr vorsichtig handhaben, denn sonst drehen wir das Ding einmal um.

Der Verbundbetrag wird um weitere 309 Millionen € gekürzt. Aus allen Titeln des Landeshaushalts werden noch weitere 92 Millionen gestrichen.

Eines aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt unerschütterlich und so fest wie seit Jahren erhalten, und das ist die rechtswidrige Befrachtung der GFG mit 325 Millionen € insbesondere für das Flüchtlingsaufnahmegesetz und die Finanzierung der Kosten für die Unterbringung der Asylbewerber. Das aber ist eine rein gesamtstaatliche Aufgabe.

Im Übrigen, Herr Ministerpräsident, könnten Sie uns diese 325 Millionen € geben. Denn dann bräuchten Sie nicht von einer Vermögensteuer zu sprechen. Diese Vermögensteuer wird zudem auch 2004 nicht da sein. Die wird auch sicher in der von Ihnen beabsichtigten Höhe nicht kommen. Sie bräuchten uns schließlich auch nicht ein Drittel anbieten, um uns zu ködern.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

- Da haben Sie Recht. Woher Sie das Geld nehmen sollen, sage ich Ihnen nachher. Massive Einsparungen im Landeshaushalt - genau so, wie es die kommunale Familie in ihren Haushalten gemacht hat - könnten eine Lösung sein.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Wo denn?)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Quälerei aber noch nicht zu Ende. Nach den Kürzungen und Schlüsselzuweisungen um mehr als 15 % wird jetzt noch die allgemeine Investitionspauschale mit 284 Millionen € vollständig gestrichen und den Kommunen - das ist nach Auffassung der CDU-Fraktion ein schwerer Sündenfall und völlig systemwidrig - ein Betrag von 258 Millionen € neue investive Schlüsselzuweisungen aufgezwungen.

Der Landeshaushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss wohl wenigstens einen Tag verfassungsgemäß sein, und zwar am 18. Dezember. Wozu führt das? - Das führt zu einer weiteren krassen Benachteiligung des kreisangehörigen Raumes. Es führt zu einer systemimmanenten Umverteilung zulasten des ländlichen Bereichs im Umfang von 154 Millionen € 2003. Wodurch geschieht dies? - Dies geschieht durch die strukturellen Änderungen, die Anhebung der fiktiven Hebesätze und die Streichung der Investitionspauschale mit der Einführung dieser soeben erwähnten investiven Schlüsselzuweisungen.

Zur Anhebung der fiktiven Hebesätze möchte ich am Rande Folgendes sagen: Gegen alle Ratschläge müssen bei einer schweren Rezession und bei einem sinkenden Bruttoinlandsprodukt zahlreiche Städte und Gemeinden die Hebesätze der Grundsteuern A und B und der Gewerbesteuer auf diesen windelweichen Kompromiss der Regierungskoalition anheben, damit sie bei der umlagewirksamen Steuerkraftberechnung nicht ins Hintertreffen geraten.

Die CDU-Fraktion bleibt bei ihrem Fazit: Der neue Ministerpräsident Steinbrück und Rot-Grün retten die Verfassungsmäßigkeit des völlig maroden Landeshaushalts 2003 erneut zum Teil auf Kosten der Städte und Gemeinden und insbesondere des kreisangehörigen Raumes. Dessen 373 Kommunen, die immerhin mehr als 11 Millionen Einwohner haben, erhalten nur noch 45 % der Schlüsselzuweisungen, nämlich 187 € je Einwohner. Die 23 kreisfreien Städte mit 7 Millionen Einwohnern erhalten 55 % der Zuweisungen, also 364 € je Einwohner.

Meine Damen und Herren, es herrscht vielleicht noch keine Endzeitstimmung in diesem Land, wie die "FAZ" am 25. November geschrieben hat. Aber die Lage ist bitterernst. Die jüngsten Steuerschätzungen haben den Zwang zum Sparen in - ich betone, Herr Ministerpräsident - allen öffentlichen Haushalten noch einmal verschärft. Wir müssen endlich durchgreifend handeln, und das wollen wir auch. Die CDU-Fraktion fordert deshalb wie bereits mit ihrem Notprogramm "Rettet die Kommunen", für das uns die Koalition, die heute, wie Sie sehen, mit "sehr vielen" Abgeordneten vertreten ist - den SPD-regierten Städten geht es ja allen viel "besser" -, ausgelacht hat

(Zuruf von Michael Groschek [SPD])

- guten Morgen, Herr Groschek -,

(Michael Groschek [SPD]: Glück auf!)

erneut und mit allem Nachdruck:

Erstens. Die Mittelzuweisungen

(Zuruf von der CDU: Wer ist das?)

- das ist der Kommunalspezialist Herr Groschek - für die kommunale Familie sind durch Einsparungen im Landeshaushalt deutlich zu erhöhen.

Zweitens. Die Durchführung neuer Aufgaben, die Bund und Länder den Gemeinden auferlegen - am 1. Januar 2003 treten allein für diesen Bereich 11 Gesetze in Kraft, die uns neu belasten - . ist auszusetzen, bis der erforderliche finanzielle Ausgleich gewährt wurde.

Drittens. Das Prinzip der Konnexität, "Wer bestellt, bezahlt", muss endlich in die Verfassung aufgenommen werden.

Viertens. Die Anhebung der Gewerbesteuerumlage von 20 auf 30 % ist sofort rückgängig zu machen.

Fünftens. Alle Befrachtungen des GFG mit reinen Landesaufgaben und alle systemwidrigen Veränderungen des GFG sind ebenso wie die Erhöhung der fiktiven Realsteuerhebesätze sofort zu beseitigen bzw. aufzuheben.

Sechstens. Das kommunale Notprogramm, das am 2. Dezember die kommunale Familie mit Unterstützung aller kommunalen Spitzenverbände beschlossen hat, ist in die Tat umzusetzen.

Meine Damen und Herren, weil es gleich sowieso von Herrn Wirtz oder Herrn Groth angesprochen wird, weise ich auf Folgendes hin: Wir werden im Rahmen der dritten Lesung zu dem ersten Punkt einen Finanzierungsvorschlag vorlegen.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Kommunen stehen vor dem Offenbarungseid. Wichtiger als alles andere in diesem Land - ich finde dies sogar wichtiger als das bisherige Flaggship Bildung - ist die Existenz der Selbstverwaltung der kommunalen Familie. Sie sollten endlich weniger gute Taten verteilen, sondern einen größeren kommunalen Kuchen backen und die kommunale Familie retten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie am 18. Dezember dem GFG in der jetzigen Fassung zustimmen, dann wird in absehbarer Zeit das Titelbild der Zeitschrift "Wirtschaftswoche" - ich zeige Ihnen das einmal, Herr Minister - vom 14. November der Wahrheit entsprechen.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

- Ich kann es Ihnen, Herr Groth, gleich bringen, damit Sie das lesen können.

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Das ist ein sehr glaubhaftes Magazin!)

- Dieses Magazin ist immerhin eine der 412 Tageszeitungen, die nicht der SPD gehören.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und FDP - Ministerpräsident Peer Steinbrück: Das ist keine Tageszeitung!)

- Eine Wochenzeitung. - Dort steht in schwarzer Schrift auf weißem Grund: Nordrhein-Westfalen - Ein Nachruf.

Wir haben die Pflicht und Schuldigkeit in diesem Hause, die über 200 Jahre alte kommunale Selbstverwaltung zu retten. Wir müssen die Kommunen - wenn wir ihnen bestimmte Aufträge erteilen - mit Mitteln in entsprechender Höhe ausstatten. Das muss in diesem Land endlich ernst genommen werden. Sonst passiert es tatsächlich, dass wir Mitschuld haben an einem Nachruf. Aber ich zeige dann auf die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Palmen. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Wirtz.

Heinz Wirtz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Palmen, Sie kennen sicherlich das Sprichwort: "Totgesagte leben länger".

(Zurufe von CDU und FDP)

Deswegen garantiere ich Ihnen, dass wir hier noch lange als Verantwortliche in diesem Lande sitzen werden, denn die Bürger wissen genau, was sie an uns haben.

Sie haben zu Beginn Ihrer Ausführungen die Steuerreformen angesprochen. Dazu möchte ich Ihnen kurz etwas sagen, und zwar Negatives. Sie, bzw. Herr Rüttgers und Herr Stoiber haben im Wahlkampf gesagt: Alles das, was wir damals zur Entlastung unternommen haben, sei zu wenig. Es müsse noch viel mehr unternommen werden. Auch heute wird von Ihrer Seite davon gesprochen, es müssten weitere Steuerentlastungen her. Die logische Konsequenz von Steuerentlastungen sind doch sinkende Einnahmen. Sie sollten uns einmal sagen, was Sie eigentlich wollen.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Sie müssen einmal Klartext reden und nicht immer verworren mal so und mal so reden, nämlich immer so, wie es Ihnen gerade in den Kram passt.

Meine Damen und Herren, in meinen Ausführungen im Rahmen der ersten Lesung zum GFG 2003 habe ich festgestellt, dass das Jahr für die Kommunen eines der schwierigsten Jahre in der Nachkriegszeit sein wird. Jetzt muss man in der Tat - die Situation ist zum Teil richtig beschrieben worden - mittlerweile von dramatischen Entwicklungen bei einem Teil der Kommunen reden. Die Ursache liegt in erster Linie in einem Steuereinkbruch bisher unbekannten Ausmaßes. Allein die Gewerbesteuer - bisher eigene Haupteinnahmequelle der Kommunen - ist um 550 Millionen € zu-

rückgegangen. Nach diesen aktuellen Steuer-rückgängen haben die Kommunen noch die Abrechnung aus dem Jahre 2001 zu verkraften. Das macht summa summarum in ihren Haushalten im Durchschnitt 17 % weniger an Zuweisungen für ihre Verwaltungshaushalte aus. Wie von den Kommunen in all den Jahren betont - Herr Palmen, hören Sie bitte genau zu -, gilt es daher, die Zuweisungen des Landes insbesondere im Bereich der Schlüsselzuweisungen stabil zu halten.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Leider ist aufgrund der veränderten Einnahmesituation eine Stabilisierung der Schlüsselzuweisungen aber nur zulasten anderer Zuweisungen möglich. Das ist keine Kürzung, denn der Endbetrag bleibt gleich. Die Schlüsselzuweisungen aber sind - dies haben auch die Verbände der Kommunen immer wieder herausgestellt - wichtig, um einen möglichst ausgeglichenen Haushalt zu erreichen oder einem Ausgleich näher zu kommen bzw. laufende Ausgaben für Sozialhilfe, Personal und anderes zu finanzieren.

Aus diesem Grunde begrüßt die SPD-Fraktion auch, dass die zweite Ergänzungsvorlage trotz der leider verschlechterten Finanzsituation Schlüsselzuweisungen in derselben Höhe wie 2002 vorsieht. Diese Einnahmesumme wird für die Kommunen überrollt und nicht, wie Sie dargestellt haben, um 15 % gekürzt.

Ein Teil dieser Schlüsselzuweisungen wird allerdings investiv gebunden. Gleichzeitig entfallen dafür die bisherigen Investitionspauschalen. Hieraus resultiert, wie die CDU sicherlich richtig gesagt hat, eine Umverteilung der Mittel. Hierüber zu schimpfen, passt allerdings nicht zu den Feststellungen der Vorjahre.

Ich betone noch einmal: Alle Jahre vorher haben alle, auch die CDU, insbesondere aber die kommunalen Spitzenverbände betont: keine Kürzung der Schlüsselzuweisungen! Sie sind mit Rücksicht auf den Verwaltungshaushalt und dessen Ausgleich möglichst hoch zu halten. Jetzt ändert sich die Situation. Nun soll laut CDU auf einmal nicht mehr gelten, was Jahre, ja sogar Jahrzehnte vorher gegolten hat? Das kann nicht sein.

Das Gemeindefinanzierungsgesetz - dieses sollten Sie sich immer vor Augen halten - hat eine Ausgleichsfunktion zwischen einnahmestarken und einnahmeschwachen Gemeinden. Diese Ausgleichsfunktion entfaltet es über die Schlüsselzuweisungen und nicht über die Investitionspauschale, die mehr eine reine Verteilungsfunktion hat. Aber gerade jetzt, meine Damen und Herren von der Opposition, in schlechten finanziellen

Zeiten kommt dieser Ausgleichsfunktion eine besondere Bedeutung zu. Gerade jetzt sind finanzschwachen Gemeinden auf die Solidarität der finanzstärkeren angewiesen.

Deshalb ist es unverständlich, dass die CDU über diese Aufteilung der Mittel schimpft. Oder hört bei Ihnen in der CDU die Solidarität in schwierigen Zeiten auf? Bei der SPD ist das anders: Bei uns verstärkt sich die Solidarität in schwierigen Zeiten.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Falsch und geradezu beleidigend ist Ihre Behauptung, der ländliche Raum würde benachteiligt. Sie sollten endlich das kleine Einmaleins des Finanzausgleichs lernen, damit Sie begreifen, um was es hier überhaupt geht. Der Finanzausgleich kennt die Kriterien "ländlicher Raum" und "städtischer Raum" überhaupt nicht. Die sind in diesem System unbekannt.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Was heißt das denn?)

- Das erkläre ich Ihnen gleich.

In unserem GFG wird der Ausgleich hauptsächlich nach dem Kriterium Finanzbelastung und Finanzstärke einer Gemeinde vollzogen. Das schreiben Sie sich einmal hinter die Ohren!

(Zuruf von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- Herr Rüttgers, ich habe Ihnen schon einmal gesagt, Sie sollten vielleicht einmal Nachhilfeunterricht im kommunalen Finanzausgleich nehmen.

(Zurufe von der CDU)

Deshalb legen die Kommunen auch Wert darauf, dass die Schlüsselzuweisungen nicht abgesenkt werden. Genau aus diesem Grunde senken wir sie auch nicht ab. Warum also Ihr Geschrei bei der CDU? Sie richten sich nicht an sachlichen Kriterien aus. Sie machen schlicht und ergreifend Klientelpolitik, nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe Ihnen schon im Ausschuss gesagt, dass besondere Situationen, in denen wir uns sowohl auf der kommunalen Seite wie auch auf der Landesseite befinden, besonderer Lösungen bedürfen. Gerade der hier gefundene Kompromiss ist im Interesse der finanzschwachen Kommunen gerechtfertigt. Es kann doch nicht sein, dass eine abundante Gemeinde etwa wie Düsseldorf, um ein Beispiel zu nennen, also eine Stadt, die über eine gute Finanzkraft verfügt, eine Investitionspauschale von 6 Millionen € erhält.

(Zuruf von Brigitte Speth [SPD])

Das tut sicherlich den Kolleginnen und Kollegen aus Düsseldorf weh. Aber es ist nun einmal so. Auch Düsseldorf leistet seinen solidarischen Beitrag,

(Brigitte Speth [SPD]: Sprechen Sie mal über Leverkusen!)

während andere, darunter auch kreisangehörige Städte vor lauter Finanzsorgen nicht aus den Augen schauen können. Erzählen Sie das doch einmal genau diesen kreisangehörigen Gemeinden!

Sicher wäre der kreisangehörige Raum bei einer anderen Umverteilung über die Investitionspauschale besser bedient. Dass er jetzt nicht so viel erhält, liegt aber doch daran, dass die größere Zahl der abundanten Gemeinden im kreisangehörigen Raum liegt. Abundante Gemeinden sind aber, wie Sie das von der Opposition wissen, nicht so sehr von der Negativabrechnung der Schlüsselzuweisungen aus dem Jahre 2001 betroffen, weil sie doch keine oder nur geringe Schlüsselzuweisungen erhalten haben.

(Beifall von Ewald Groth [Grüne])

Insoweit dürfte ihnen auch der Verlust bei der Investitionspauschale von insgesamt 26 Millionen € in kommunaler Solidarität zugemutet werden können.

(Manfred Palmen [CDU]: 19,8 Millionen €!)

Mit dem Schüren von Konflikten zwischen kreisangehörigem und kreisfreiem Raum dienen Sie niemandem, Herr Palmen. Sie von der CDU führen dieses Land nicht zusammen: Nein, Sie wollen aus vordergründigem politischem Kalkül spalten und nichts anderes!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Aber, meine Damen und Herren von der Opposition, wir wissen auch, dass die Menschen auf so etwas nicht hereinfliegen.

Über das GFG 2003 wird den Kommunen im Rahmen des finanziell Möglichen Freiraum in ihrem Handeln dadurch geschaffen, dass ihnen die Mittel möglichst zur freien Verfügung gestellt werden. Selbst mit der Bindung der Schlüsselzuweisungen für den investiven Bereich ist es den Kommunen möglich, diese Mittel noch frei zu verwenden.

Der Umfang der Mittel, die von den Kommunen nur für bestimmte Zwecke verwandt werden dürfen, sind sehr weit umverteilt und nicht gekürzt worden, so z. B. bei den Bedarfszuweisungen um 37,2 %. Das sind aber Mittel, die den Kommunen nicht entzogen werden. Darauf lege ich Wert.

Wie die CDU eine Finanzausstattung der Kommunen versteht, war letztlich in der Presse zu lesen. Herr Rüttgers, offenbar in Abstimmung mit seiner Landtagsfraktion, propagiert: Die Gemeinden sollten statt der Gewerbesteuer einen fünffachen Anteil an der Umsatzsteuer erhalten: Toll, ganz toll, CDU! kann ich da nur sagen.

Mit anderen Worten: Sie wollen Gewerbetreibende von Steuern befreien und die Lasten dafür Verbrauchern, sprich Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen, Rentnern, Arbeitnehmern, Angestellten und anderen aufbürden, die alle über ihre gekauften Lebensmittel und andere Waren und Produkte Umsatzsteuer zahlen.

(Zurufe von der CDU)

Das ist gelebte CDU-Solidarität, meine Damen und Herren. So verstehen wir Solidarität allerdings nicht.

Herr Rüttgers, mit Ihren CDU-Oberbürgermeistern sind Sie sich da ja auch nicht einig.

(Zuruf von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- Nein, das stimmt nicht. Ihre Oberbürgermeister vertreten in diesem Bereich die von der SPD getragene Politik der Vernunft.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir fordern nach wie vor eine Gemeindefinanzreform, damit die Einnahmen der Kommunen verlässlicher und versteigt werden. Dazu stehen wir.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der Opposition, in unserer Haltung bei der Gemeindefinanzreform unterscheiden Sie und wir uns auch dadurch, dass Sie davon reden, wir allerdings handeln.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Das haben wir bei Herrn Schröder gemerkt!)

Wir haben diese Reform gegenüber dem Bund eingefordert und die Einsetzung einer Kommission im Bund durchgesetzt. Sie haben unseren entsprechenden Antrag damals sogar abgelehnt.

Tun Sie doch nicht so, als seien die Probleme der Gemeindefinzen vom Himmel gefallen. Dass sie sich in letzter Zeit stark verschärft haben, ist sicherlich richtig. Deshalb sage ich Ihnen zu der von Herrn Palmen angesprochenen Konnexität, dass wir diese seit langem fordern. Ich betone: Auch wir sind für die Einführung der Konnexität.

(Zurufe von der CDU)

- Bleiben Sie ganz ruhig. - Wir haben aber immer dazugesagt, dass Konnexität keine Einbahnstraße sein kann. Es geht nicht an, dass sich das Land gegenüber den Kommunen einseitig zu konsequenter Kostenübernahme verpflichtet.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Faszinierend!)

Der Bund muss das dann gegenüber dem Land genauso tun.

Zu dieser Forderung stehen wir. Wir haben sie Ihnen gegenüber auch schon erhoben, als die CDU - speziell Sie als Minister, Herr Rüttgers - noch mit Kohl im Bund regierte. Damals haben Sie eine solche Forderung aber stets abgelehnt, wenn wir sie an Sie gerichtet haben. Sie waren nicht einmal bereit, sie gegenüber der Regierung Kohl auch nur einmal anzumahnen.

(Manfred Palmen [CDU]: Und was ist unter der Regierung Schröder?)

Also bleibt festzustellen: Das, was Sie zu diesem Thema vorbringen, ist scheinheilig.

Wir von der SPD-Fraktion tragen den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vorliegenden Fassung mit zwei von uns eingebrachten Änderungen mit. Die erste Änderung bezieht sich auf eine Herabsetzung der fiktiven Hebesätze um 5 %. Damit bleiben wir unter den im Lande geltenden durchschnittlichen Hebesätzen für die Grund- und Gewerbesteuer, also unter der Entwicklung in diesem Lande. Das ist übrigens auch ein unter den Spitzenverbänden vereinbarter Konsens.

Zweitens halten wir die Begrenzung für die kommunale Weiterbildung im Gemeindefinanzierungsgesetz in einem vertretbaren und mit Vertretern dieses Bereiches vereinbarten Rahmen. Diese Änderungsanträge haben wir eingebracht. - Wir bitten um Zustimmung.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Wirtz. - Für die FDP-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Rasche das Wort.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Wirtz, bei Ihrer Rede hat man den Eindruck bekommen, den Kommunen ginge es gar nicht so schlecht. Ihre Rede bestand aus einseitigen Betrachtungen und einseitigen Beispielen und ging völlig an den Tatsachen und der Wahrheit vorbei. Manchmal hatte man den Eindruck, dass Sie überhaupt nicht wissen, wovon

Sie sprechen. Konnexität ist nämlich keine Einbahnstraße - ganz und gar nicht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, jedes Jahr sprechen wir hier Mitte Dezember - also in der Weihnachtszeit - über das Gemeindefinanzierungsgesetz und damit über die Situation der kommunalen Familie. An Geschenke - Absender wäre das Land Nordrhein-Westfalen oder die Landesregierung bzw. die Koalition - glaubt diese kommunale Familie schon seit Jahren nicht mehr. Das Gegenteil ist oft der Fall. Jahr für Jahr sägen Sie einen Ast mehr ab und treiben die kommunale Familie damit in den Ruin und in die Pleite.

In der zweiten Ergänzungsvorlage haben Sie gleich mehrere Äste abgesägt und die Situation damit nochmals verschlechtert.

(Zuruf von Heinz Wirtz [SPD])

Sie haben Äste abgesägt durch die Zweckbindung der Schlüsselzuweisungen, die Kürzungen der Investitionspauschale um sage und schreibe 90 %, die Kürzungen der Kurortehilfe und die Kürzungen der Abwassergebührenhilfe. Das können Sie doch nicht bestreiten, Herr Wirtz: das steht doch schwarz auf weiß da. Anscheinend haben Sie das Ganze nicht einmal gelesen. Was reden Sie hier denn für einen Quatsch?

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei der SPD - Ministerin Birgit Fischer: Sie reden auch Quatsch!)

Meine Damen und Herren, seit Jahren reduzieren Sie den kommunalen Anteil am Steuerkuchen durch Befrachtungen und Vorwegabzüge um 500 Millionen € jährlich.

(Beifall bei der FDP)

Während Sie die Kommunen Jahr für Jahr immer mehr belasten, hat Ihnen die FDP Jahr für Jahr die Entwicklung aufgezeigt, vor einer Pleitewelle gewarnt und die notwendigen Reformschritte vorgelegt.

(Peter Budschun [SPD]: Wo waren Sie denn 16 Jahre?)

- Wo waren Sie denn? Was haben Sie denn für eine Politik gemacht?

Ich gebe sogar zu, dass das Land vor einer schwierigen Situation steht. Sie werden nämlich von den Unterlassungssünden der Vergangenheit brutal eingeholt. Es gab keinen durchgreifenden Abbau bei Personal und öffentlichen Aufgaben, keine echte Privatisierung, keine Rückführung der

Nettoneuverschuldung, geschweige denn des Alt-schuldenbestandes, und keine Rückführung von Subventionen, insbesondere der Kohlesubventionen.

(Frank Baranowski [SPD]: Same procedure as last year!)

- Da hilft auch kein Grinsen. - Stillstand und Reformverweigerung sind die Merkmale dieser Landesregierung.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Schlechte Rede! Reden Sie einmal zum GFG!)

- Schön, dass Sie da sind, Herr Groth. Das ist immer belebend, bringt in der Sache aber nur wenig.

(Frank Baranowski [SPD]: Mehr als Ihre Rede! - Minister Dr. Michael Vesper: Wo haben Sie das denn gelernt?)

- Von Ihnen nicht, Herr Dr. Vesper.

Meine Damen und Herren, die katastrophale Haushaltsentwicklung in den Kommunen wird von SPD und Grünen völlig ignoriert. Reihenweise geraten Kreise, Städte und Gemeinden in Haushaltssicherungskonzepte oder in eine teilweise jahrelange vorläufige Haushaltsführung. Während das Land nichts tut, den bequemen Weg geht und die Kommunen die Zeche zahlen lässt, haben die Kommunen nach Angaben von Herrn Dr. Behrens auf dem Weg zur Haushaltskonsolidierung Vorbildliches geleistet, nämlich im großen Stil Stellen abgebaut und Vermögen veräußert. Warum leistet das Land in dieser Hinsicht denn nicht endlich einmal Vorbildliches?

Trotz dieser Leistung der Kommunen steuern die Kommunalhaushalte auf eine Katastrophe zu. In diesem Jahr stehen die kommunalen Verwaltungshaushalte vor einem Rekorddefizit von 3 Milliarden €. Auf der einen Seite gibt es Einnahmeausfälle in Milliardenhöhe, Befrachtungen, negative Abrechnungen des Steuerverbundes sowie Steuermindereinnahmen und auf der anderen Seite explodierende Kostensteigerungen, insbesondere für soziale Leistungen und für immer zusätzliche Aufgaben, die das Land den Kommunen überträgt, ohne Kosten zu erstatten.

Meine Damen und Herren, im Jahr 2003 wird über die Hälfte aller Kommunen den Haushalt nicht mehr ausgleichen können. Viele weitere Kommunen schaffen es durch kreative Buchführung, noch ein Jahr zu überstehen. Die Kommunen mit einem tatsächlich strukturell ausgeglichenen Haushalt werden zur Ausnahme. Was bisher als völlig aus-

geschlossen galt kündigt sich an, nämlich die Zahlungsunfähigkeit einzelner Kommunen.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, beschließt Rot-Grün noch weitere Belastungen für Städte, Gemeinden und Kreise, z. B. in der zweiten Ergänzungsvorlage die investive Zweckbindung anteiliger Schlüsselzuweisungen. Allein in den Verwaltungshaushalten der Landschaftsverbände führt das zu Verschlechterungen in Höhe von 65 Millionen €. die natürlich durch Umlageerhöhungen weitergegeben werden. Es wird am Ende wieder das letzte und das schwächste Glied in der Kette treffen, die Städte und Gemeinden, die ja selbst von der Zweckbindung betroffen sind.

Herr Wirtz, um das ganz deutlich zu sagen: Es kann einfach nicht hingenommen werden, wenn die Probleme der Verfassungsmäßigkeit des Landeshaushalts auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen werden. Das geht nicht. Das machen wir nicht mit.

Der fast völlige Wegfall - das ist der zweite Punkt - der Investitionspauschale trifft nicht nur die Kommunen, sondern auch ganz besonders die Bauwirtschaft. Schon in den vergangenen zehn Jahren sind die Investitionen in diesem Bereich um fast 40 % zurückgegangen.

Die vorgesehene Erhöhung der fiktiven Hebesätze wird vor Ort zu Steuererhöhungen führen und die Wirtschaft und die Arbeitsplätze damit ebenfalls belasten.

Die Kürzung der Kurorteförderung - noch einmal die zweite Ergänzungsvorlage - hat katastrophale Folgen für die nordrhein-westfälischen Kur- und Heilbäder. Diese Kur- und Heilbäder, z. B. Bad Westernkotten, Bad Sassendorf und Bad Waldliesborn, stehen unter einem erheblichen Wettbewerbsdruck und vor allem vor einem Strukturwandel auf dem Kur- und Bädermarkt. Diese Kurorte haben schwierige Konzepte erarbeitet, um diesem Strukturwandel zu begegnen, und erleben jetzt den finanziellen Kahlschlag durch das Land.

(Beifall bei der FDP und von Eckhard Uhlenberg [CDU] und Werner Jostmeier [CDU])

Hinzu kommt die zusätzliche Belastung des ländlichen Raums, Herr Wirtz, zugunsten der kreisfreien Städte. Wenn es auch nur um 150 Millionen € geht, ist das aber auch schon was. Diese unausgewogene und ungerechte Politik zulasten des ländlichen Raums ist typisch für diese Landesregierung.

Herr Wirtz, Sie haben eben noch darüber gesprochen. Ich komme zurück auf die vergangene Sit-

zung des Ausschusses für Kommunalpolitik. In dieser Sitzung hat Herr Groth von einem Solidarbeitrag des kreisangehörigen Raums zugunsten der kreisfreien Städte gesprochen - Solidarbeitrag des ländlichen Raums. Und Sie sagen, da passiert gar nichts. Er hat es anschließend sogar Herrn Jäger noch bestätigt, der nachgefragt hat, ob er das wirklich gesagt hat. Sie benachteiligen den ländlichen Raum. Das machen Sie. Das wollen Sie. Dann geben Sie es doch auch zu und bestreiten das nicht immer.

(Beifall bei FDP und CDU - Manfred Palmen [CDU]: Sehr richtig!)

Die Folgen dieser Politik sind absehbar. In den Kommunen werden reihenweise Serviceeinrichtungen geschlossen. Hallen- und Freibäder, Jugendzentren, Musikschulen, Büchereien - ich könnte Ihnen hier eine lange Liste vortragen. Strukturen, die sich über Jahre und Jahrzehnte entwickelt haben, werden zerstört.

Meine Damen und Herren, es ist ein Skandal, wie diese Landesregierung mit den Kreisen, Städten und Gemeinden - also mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes - umgeht. Rot-Grün sägt der kommunalen Familie einen Ast nach dem anderen ab und lässt die Städte und Gemeinden in unserem Land im Stich.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Haupteinnahmequelle der Städte, die Gewerbesteuer, hat mittlerweile lotterieähnlichen Charakter angenommen.

(Zuruf von Ministerpräsident Peer Steinbrück)

- Das habe ich nicht gesagt.

Es kann nur unser Ziel sein, diese Gewerbesteuer abzuschaffen und durch verlässliche Einnahmequellen zu ersetzen.

(Heinz Wirtz [SPD]: Jetzt sägen Sie den nächsten Ast ab!)

Denn - Herr Ministerpräsident, ich glaube, da sind wir uns einig - die Kommunen brauchen verlässliche Einnahmequellen.

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Welche denn? Konkreter!)

- Ich gehe davon aus, dass Sie als neuer Ministerpräsident vielleicht auch selbst die eine oder andere Idee haben.

(Heinz Wirtz [SPD]: Sie wissen es gar nicht!!)

Natürlich muss es eine verlässliche Einnahmequelle geben mit einem Anteil an der Umsatz- und Einkommensteuer.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ihr seid die Totengräber der Kommunalfinanzierung!
- Unruhe - Glocke)

Wenn Ihre eigenen Kollegen der SPD-Fraktion nicht immer dazwischen brüllen würden, würden Sie es vielleicht auch verstehen.

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Ich verstehe alles!)

- Gut.

Positive Ergebnisse der gerade erst eingeleiteten Gemeindefinanzreform werden viel zu spät kommen, wenn überhaupt. Absolut notwendig ist jetzt eine sofortige Rettungsaktion für die Kommunen, ein Soforthilfeprogramm. Möglichkeiten gibt es mehrere. Über diese können wir auch hier im Plenum und im Ausschuss diskutieren: Den Verzicht auf die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage, die Rücknahme der Landesbefragungen und damit die Erhöhung der Schlüsselzuweisungen, den Verzicht auf die investive Befrachtung der Schlüsselzuweisungen, die Aufstockung der abgespeckten Schulpauschale, die Verschiebung der Rückzahlung der negativen Abrechnung des Steuerverbundes, die Rücknahme der Kürzungen von Investitions- und Kurortepauschale und einen - das ist besonders wichtig - konsequenten Bürokratie- und Standardabbau. Es gibt Möglichkeiten genug. Lassen Sie uns darüber diskutieren, damit wir etwas für die Kommunen tun. Ohne ein Soforthilfeprogramm stehen die Kommunen am Ende vor der Pleite.

Meine Damen und Herren, wer die Probleme der Kommunen sieht und die Kreise, Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen nicht im Stich lassen will, der muss dieses Gemeindefinanzierungsgesetz ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Lindlar, all die netten Zwischenrufe, die mich zu diesem wunderbaren Ort in diesem Land begleiten, können mich nicht davon abhalten, Ihnen ein paar Sachen ins Stammbuch zu schreiben.

(Oh-Rufe von der CDU)

Das müssen Sie sich jetzt auch anhören. Immerhin hat ja hier auch die Regierungsseite, also die Koalitionsseite, Rederecht. Es gilt doch einiges klarzustellen. Sie verbreiten teilweise Unwahrheiten.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Sie versuchen eine Legendenbildung, wenn Sie von Kürzungen der Schlüsselzuweisungen reden und wenn Sie davon reden, dass die Schulpauschale gekürzt würde.

Das ist eine Legendenbildung. Das versuchen Sie, im Land zu verbreiten. Sie hoffen darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger den Sachverhalt nicht verstehen. Aber nehmen Sie bitte zum wiederholten Mal zur Kenntnis: Wir kürzen keine Schlüsselzuweisungen, wir kürzen keine Schulpauschale; sondern das, was in diesem Topf ist, wird nach der gleichen Systematik aufgeteilt. Wir stärken die Schlüsselzuweisungen gegenüber allen anderen Positionen im GFG. Es wird den Bürgerinnen und Bürgern auf Dauer auch klar werden, dass das, was Sie verbreiten, Unwahrheiten sind.

(Christof Rasche [FDP]: Was ist denn mit dem ländlichen Raum?)

Sie sind doch diejenigen, Sie selbst ernannter GFG-Experte, Herr Palmen, die im Bund die Gewerbesteuer kaputt reformiert haben.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Sie haben doch während Ihrer Zeit im Bund die Gewerbesteuer durch Anhebung der Freibeträge in den Niedergang geführt. Das bejammern Sie jetzt. Durch Aushöhlung an vielen verschiedenen Punkten in diesem Gesetz haben Sie die Gewerbesteuer doch erst kaputt reformiert. Bis vor wenigen Tagen konnten wir zumindest hoffen, dass die rot-grüne Koalition gemeinsam mit der CDU - wir haben schon lange nicht mehr gehofft, dass die FDP ein Einsehen hat -

(Christof Rasche [FDP]: Nur die Grünen!)

eine vernünftige Gemeindefinanzreform auf der Bundesebene hinbekommt, nämlich mit einer modernisierten Gewerbesteuer. Das war bis vor wenigen Tagen auch noch Ihre Haltung, und jetzt kommt die Kehrtwende.

(Manfred Palmen [CDU]: Ich würde das erst mal lesen!)

Seit Jahren haben Sie die Gewerbesteuer kaputt reformiert, jetzt können Sie nicht für eine Modernisierung eintreten. Das ist völlig richtig. Aber dass Sie den letzten Kontakt, den Sie noch zur

kommunalen Familie hatten, verloren haben, ist ziemlich augenscheinlich geworden.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wir werden das tun. Wir werden nicht dem BDI folgen, dem Sie gemeinsam mit der FDP folgen. Wir werden den kommunalen Spitzenverbänden folgen; dabei sind der Städte- und Gemeindebund, der Landkreistag und der Städtetag sowie die Oberbürgermeister und Bürgermeister der CDU im ganzen Land, die uns in dieser Frage folgen. Da wird sehr deutlich werden, dass wir bei der Reform "Modernisierung der Gewerbesteuer" das ganze Land hinter uns bringen und dass Sie den Kontakt im Land in dieser Frage verloren haben.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Herr Palmen, Sie haben damit begonnen, die Steuerreform der Koalition in Berlin zu kritisieren. Man muss dem Land und den Bürgerinnen und Bürgern sagen, weil es sonst leicht in Vergessenheit gerät, und auch Sie müssen das eingestehen - halten Sie das bitte so transparent, wie ich Ihnen das heute auch vorhalte -: Die Vorschläge, die die CDU/CSU zur Steuerreform gemacht hat, hätten die Kommunen weitaus stärker getroffen als das, was jetzt durch die rot-grüne Bundesregierung vorgelegt und umgesetzt worden ist.

(Manfred Palmen [CDU]: Bei uns sind die Einnahmen wesentlich höher!)

Lesen Sie das nach in einer Kleinen Anfrage von mir an die Landesregierung zu den Petersberger Beschlüssen, wo Sie damals beschlossen haben, welche Steuerreform in diesem Land hätte stattfinden sollen. Das hätte die Kommunen ins Abseits gebracht. Auch die angedachte Kollekte von Herrn Rasche hilft nicht. So können wir keine Politik für dieses Land machen.

In acht Ländern dieser Bundesrepublik wird es verfassungswidrige Haushalte geben, nicht so in NRW, meine Damen und Herren. Wir werden unter schwierigsten Bedingungen einen Landeshaushalt beschließen, in dem 2,8 Milliarden € eingespart werden müssen. Das ist nicht ganz einfach, aber da haben natürlich auch die Kommunen ihren Teil beizutragen; denn was nicht in dem Topf ist, kann nicht verteilt werden.

Während der Landeshaushalt weit größere Mindereinnahmen hat als die Kommunen, werden die Kommunen nach ihrem Anteil mit 23 % gesegnet. Das ist am Ende weniger als in den Jahren zuvor. Aber es ist eine gerechte Aufteilung, weil das Land an den Mindereinnahmen mit 77 % teilnimmt.

Ich will Ihnen noch eines ins Stammbuch schreiben, was die Auseinandersetzung zwischen Kreisangehörigen und Kreisfreien angeht: Hören Sie mit dem Lamentieren auf! Es gibt dieses Kriterium "Wir sind Kreisangehörige, und wir sind Kreisfreie" nicht im Gemeindefinanzausgleich. Das kennen wir dort nicht. Wir kennen als einziges und wichtigstes Kriterium "steuerschwach" und "steuerstark". Natürlich muss es das höchste Ziel in einer Zeit, in der die Einnahmen nicht so fließen, wie wir uns das vorstellen, sein, die Schlüsselzuweisungen so stabil wie möglich zu halten. Dann heißt es: Umverteilen innerhalb des Steuerverbundes. Das bedeutet für uns: Schlüsselzuweisungen ohne Steigerung, aber auch keine Abschmelzung, sondern Auszahlung wie im letzten Jahr.

Das bedeutet für Groß oder Klein auf jeden Fall, dass diejenigen, die steuerschwach sind und einen hohen Bedarf haben, am meisten aus diesem GFG profitieren. Da ist es völlig egal, ob man kreisfrei oder kreisangehörig ist. Dieses Kriterium existiert nicht. Das muss man den Menschen im Lande auch sagen, weil Sie versuchen, dort einen Spaltkeil zwischen die Kreisfreien und die Kreisangehörigen zu treiben.

(Manfred Palmen [CDU]: Das sind Tatsachen!)

Das ist den Menschen aber Wurscht. Sie versuchen, das Land zu spalten, und Sie werden sehen, was diese Ungehörigkeit und diese Unwahrheit in Ihrer eigenen Partei anrichten wird.

(Manfred Palmen [CDU]: Aber das ist doch Unsinn!)

Sie haben auch mit den CDU-Oberbürgermeistern im Ruhrgebiet umzugehen, die sich hoffentlich zu einer solchen Konfrontation melden werden, die mit dem Gemeindefinanzausgleichssystem überhaupt nichts zu tun hat. Das ist eine Verteilungsdebatte, die damit nichts zu tun hat.

(Manfred Palmen [CDU]: Diese Diskussion gibt es schon seit 1980!)

Das ist einfach absurd. Klein und groß ist kein Kriterium. Steuerstark oder steuerschwach ist das Kriterium, und an das werden wir uns halten. Wir machen auch keine Politik nach Gutsherrenart, nach dem Motto: Da gibt es eine Kommune, die jetzt einiges an Investitionspauschale verliert.

Das ist nicht das Kriterium. Wir haben ein Finanzausgleichssystem, das durch das Verfassungsgericht vielfach geprüft ist, und das ist auch in Ordnung. Wir haben bislang keinen Prozess verloren. Es ist immer wieder bestätigt worden, dass das

verfassungsgemäß ist. Danach werden wir uns auch in der Zukunft verhalten, auch im Jahre 2003. Wenn Ihnen das nicht passt, müssen Sie einen anderen Vorschlag machen.

(Manfred Palmen [CDU]: Sie haben eine Fantasie, das ist einmalig!)

Dieser muss verfassungsgerecht sein. Der Vorschlag kann nicht darin bestehen, Kleine gegen Große auszuspielen. In diesen Zeiten ist Solidarität und Solidität in dieser Frage auf jeden Fall angesagt.

Während der verfügbare Verbundbetrag um 308 Millionen € sinkt - also das, was für die Kommunen im Topf ist -, bleiben die Schlüsselzuweisungen konstant. Das ist nicht ganz einfach gewesen.

Ich glaube, dass es ein einmaliger Vorgang bleiben muss, dass wir investive Schlüsselmasse ausbringen, weil das für nachhaltiges Haushalten eigentlich kein gutes Zeichen ist. Das ist qualitativ ein neuer Schritt, der sich aber in diesen schwierigen Zeiten und in diesem Haushaltsjahr nicht umgehen lässt. Wir werden aber darauf achten, dass das möglichst ein einmaliger Vorgang bleibt.

Das Gleiche gilt aus meiner Sicht auch für die Investitionspauschalen. Sobald es geht, müssen wir sie, wenn wir Verteilmasse haben, wieder hoch setzen. Das gilt auch für die Kurortehilfe, weil Kurorte natürlich darunter leiden, dass sie im Bedarfsansatz nur sehr wenige eigene Einwohner haben und trotzdem eine große weitläufige Infrastruktur für die Kurgäste vorhalten müssen und deshalb im normalen Verteilsystem des GFG benachteiligt sind.

Deshalb haben wir die Kurortehilfe. Deshalb sollten wir sie dann, wenn wir es können, wieder anheben. In diesem Jahr befinden wir uns in einer sehr schwierigen Situation.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Groth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Uhlenberg?

Ewald Groth (GRÜNE): Bitte, gerne.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Bitte schön, Herr Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg (CDU): Herr Kollege Groth, von 20 Kurorten in Nordrhein-Westfalen schreiben 18 Kurorte im Jahre 2002 rote Zahlen. Zwei schreiben keine roten Zahlen.

Können Sie uns bzw. mir erklären, wieso gerade in dieser für die Kurorte in Nordrhein-Westfalen ganz kritischen Situation die Landesregierung und damit auch Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen die Entscheidung trifft, den Kurorteansatz im Grunde um 50 % zu reduzieren? Warum geschieht dies gerade in diesem Jahr, in dem alle Kurorte Riesenbemühungen unternehmen, aus der Problematik herauszukommen, in dem Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet sind? Wo liegt da der Beitrag der Landesregierung?

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Bitte schön, Herr Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Ach, Herr Uhlenberg, Sie versuchen wieder eine Legendenbildung. Es ist immer dasselbe. Sie versuchen jetzt wieder, zu sagen, Rot-Grün habe nichts für die Kurorte über. Ich habe eben versucht, Ihnen zu erklären, dass die Kurortehilfe für uns ein wichtiger Bestandteil dieses Gemeindefinanzierungsgesetzes ist.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Die halbieren Sie!)

Sie war es auch in den vergangenen Jahren. Wir haben die Kurortehilfe auch mal modernisiert, und wir helfen den Kurorten an allen Stellen, wo wir nur können.

Aber: Wir können nicht ihre eigenen Aufgaben übernehmen. Für die Kurorte gilt genau wie alle anderen Kommunen im Übrigen Folgendes: Wir verwalten doch nicht ihre Finanzen. Die Kommunen unterliegen der kommunalen Selbstverwaltung und tragen somit auch die kommunale Selbstverantwortung für ihre Finanzen.

Bezüglich der Kurorte muss man sagen, dass es da einen Strukturwandel gibt, wie wir ihn auch im Revier haben. Viele haben nicht früh genug darauf reagiert. Wir haben immer wieder gesagt: Da gibt es Möglichkeiten, sich zu entwickeln. - Und die Kurorte greifen das langsam auf. Es ist aber ein schwieriges Unterfangen.

Das heißt, dieser Strukturwandel wird noch etwas länger dauern. Wir werden so gut helfen, wie wir können. Aber in diesen Zeiten war es nicht anders möglich, die Schlüsselzuweisungen auf 0,0 % stabil zu halten, ohne an verschiedene andere Töpfe heranzugehen. Das hat auch die Kurorte getroffen. Aber noch einmal: Sobald es geht, muss man auch da wieder etwas drauflegen.

Die Zweckzuweisungen sinken moderat. Auch da musste eingespart werden, und zwar im Umfang

von 64,5 Millionen €. Auch das kommt den Schlüsselzuweisungen zugute.

Im Übrigen ist das Verhältnis der freien Mittel zu den zweckgebundenen Mitteln wieder konkurrenzlos günstig. Das gibt es so in keinem anderen Bundesland. Wir haben dieses Verhältnis im Vergleich zum laufenden Jahr noch einmal verbessert. 92,3 % der Mittel werden als freie, ungebundene Mittel bereitgestellt. Das kann keine kommunale Familie in einem anderen Land der Bundesrepublik für sich beanspruchen. Allein 7,7 % sind zweckgebunden als Zweckzuweisungen für Städtebau, für Sportstätten, für Denkmalschutz und so weiter und so fort.

Dieses muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, damit man auch weiß, welche großen Möglichkeiten die Kommunen in Nordrhein-Westfalen für die eigene Gestaltung der kommunalen Finanzen haben.

Ich muss noch einen kritischen Aspekt loswerden. Dieser betrifft die fiktiven Hebesätze.

Ich glaube nach wie vor, dass unsere Argumente für eine Nichtanhebung der fiktiven Hebesätze richtig gewesen sind. Nach wie vor glaube ich, dass sich die Argumente hätten durchsetzen können. Es ist schade, dass wir jetzt in mehr als 250 Kommunen eine Hebesatzdiskussion bekommen. Ich denke, das ist auch wirtschaftspolitisch gesehen das falsche Signal in dieser Zeit. Dies meine ich vor allen Dingen auch unter dem Aspekt, dass die Einnahmen, die man mit einer Anhebung auf 403 erzielt, so gering sind, dass sie insgesamt keinerlei Auswirkungen im Finanzausgleich haben werden.

Auch unter dem Aspekt, dass es kaum eine Umverteilung zwischen kleinen und großen Kommunen durch diese Anhebung der Hebesätze gibt, hätten wir uns das wirtschafts- und steuerpolitisch ersparen sollen. Schaut man sich das Gelsenkirchener Urteil an, wäre es aus meiner Sicht auch verfassungsgerecht gewesen.

Es bleibt aber dabei, meine Damen und Herren: Wir haben schwierige Zeiten für den Landeshaushalt. Wir haben schwierige Zeiten für die Kommunalhaushalte. Den Kommunen fließen im nächsten Jahr im Unterschied zu 2002 über 1.150 Millionen € weniger zu. Das ist die Negativabrechnung.

(Manfred Palmen [CDU]: 1,35 Milliarden €! Das rechne ich Ihnen gleich vor!)

Das ist die fehlende Positivabrechnung. Das sind verschiedene Summen, die sich aufsummieren, sodass die Kommunen tatsächlich eine schwieri-

ge Situation in 2003 zu meistern haben. So gut wir können, wollen wir ihnen dabei helfen, z. B. durch den Abbau von Bürokratie und durch die Aufstockung des Finanzausgleichs, sobald es wieder möglich ist. - Danke schön.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. - Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Dr. Behrens.

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vorredner haben es auch schon gesagt. Ich will es aus meiner Sicht noch einmal unterstreichen: Land und Kommunen gehen im kommenden Jahr sicherlich in das finanziell schwierigste Jahr - ich will nicht sagen der Geschichte -, aber so lange ich denken kann und aktiv dabei bin.

2,8 Milliarden DM fehlen uns im Vergleich zum vorigen Jahr. Die müssen irgendwo eingespart werden, und in dem Kapillarsystem des Gemeindefinanzierungsgesetzes kann es gar nicht ausbleiben, dass im Rahmen einer Solidargemeinschaft, die im nächsten Jahr eine Art Notgemeinschaft sein wird, auch die Kommunen ihren Anteil an den Sparbemühungen werden tragen müssen. Dem trägt das Gemeindefinanzierungsgesetz, wie wir es vorgelegt haben - so denke ich -, Rechnung.

Ich muss hier nicht mehr die Zahlen wiederholen, meine Damen und Herren, die Sie alle mittlerweile auch aus meinen Berichten und aus Berichten der kommunalen Spitzenverbände kennen. Die Einnahmeeinbrüche sind bei den Kommunen seit Jahren dramatisch. Unsere Kommunen in Nordrhein-Westfalen werden voraussichtlich im nächsten Jahr allein aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz etwas mehr als 1 Milliarde € weniger erhalten als 2002.

Das ist wahrlich keine schöne Situation. Ich stimme denen zu, die sagen, die Lage in den Kommunen sei alles in allem betrachtet - ich weiß, dass es auch Ausnahmen gibt - bitterernst. Sie ist teilweise sehr problematisch.

Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben geht auseinander und ist auseinander gegangen. Es ist noch nicht erkennbar, wie sie wieder parallel gestellt werden kann. Das hat eben Ursachen auf beiden Seiten, auf der Einnahme- wie auf der Ausgabeseite. Aber, Herr Palmen, Ihrer Legendenbildung, daran sei die Steuerreform der Bundesregierung schuld, muss ich, wie meine Vorredner von der Koalition, eindeutig widersprechen.

Die Ursachen sind sehr vielfältig. Wer Steuerreformen gewollt hat - und Sie haben mehr Steuerreformen gewollt -

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

der muss wissen, dass daraus weniger Einnahmen für den Staat resultieren, der muss damit auch politisch umgehen, der muss auch zur Kenntnis nehmen

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Unsinn!)

- das haben Ihnen Herr Groth und Herr Wirtz dargestellt -, dass die Aushöhlung der Gewerbesteuer als der wichtigsten eigenen kommunalen Steuereinnahmequelle nicht von der letzten Bundesregierung, sondern von den Vorgängerbundesregierungen zu verantworten ist,

(Manfred Palmen [CDU]: Die ist doch längst ausgehöhlt! Die gibt es gar nicht mehr!)

und der muss eben auch wissen, dass für die Einnahmen nicht nur steuerliche Rahmenbedingungen, sondern schlichtweg auch konjunkturelle Entwicklungen eine wesentliche Rolle spielen. - Über die Ausgabenentwicklung will ich jetzt nicht sprechen.

Wenn ich mir anschau, was Herr Palmen und Herr Rasche hier als ihre Alternative vorgetragen, dann sind das alles Vorschläge zur Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen, die zulasten anderer gehen, in erster Linie zulasten des Landeshaushaltes. Ich verfolge hier sehr aufmerksam, was Sie alles fordern und was alles an Mehrausgaben in den Einzelplänen von Ihnen verlangt wird.

(Manfred Palmen [CDU]: Alles gedeckt!)

- Ja, von wegen "alles gedeckt"!

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Aber selbstverständlich! - Weitere Zurufe)

Das kann man so nicht machen, oder Sie müssen irgendwo eine Geldmaschine stehen haben. Ich halte das für unseriös.

(Helmut Stahl [CDU]: Der ganze Landeshaushalt ist unseriös!)

Die Ergebnisse der Novembersteuerschätzung führen zu einer Minderung der im Steuerverbund zur Verfügung stehenden Mittel gegenüber dem ursprünglich vorgelegten Gesetzentwurf von alles in allem - ich schaue jetzt unter den Strich - 366,4 Millionen €. Das sind minus 5,1 %.

Im Vergleich zu 2002 sinkt der verfügbare Verbundbetrag um 308,8 Millionen € gleich 4,3 %.

Auch im originären Landeshaushalt waren aufgrund der Ergebnisse der Novembersteuerschätzung erhebliche Einschnitte unumgänglich.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Völlig überraschend!)

Es ist allerdings deutlich zu verneinen, dass wir mit der zweiten Ergänzungsvorlage in die Ableitung des Steuerverbundes zugunsten des Landeshaushaltes eingegriffen hätten. Es bleibt vielmehr auch in dieser schwierigen Situation beim bisherigen Verbundsatz und bei den bisherigen Verbundgrundlagen. Darauf, dieses verteidigt zu haben, bin ich stolz, weil man das durchaus auch anders hätte machen können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auch das Befrachtungsvolumen in Höhe von 324 Millionen € ist nicht verändert worden. Ich weiß, dass Befrachtungen nicht unproblematisch sind, aber auch hier hätte man sich wieder andere Lösungen vorstellen können.

Das mit der zweiten Ergänzungsvorlage umzusetzende Mindervolumen im Steuerverbund beruht also einzig und allein auf den durch die Novembersteuerschätzung herabgesetzten Steuereinnahmen.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Mit dem ursprünglich in den Landtag eingebrachten Entwurf des GFG 2003 sollte den Kommunen ein Finanzvolumen von etwas mehr als 7 Milliarden € für allgemeine und zweckgebundene Zuweisungen gewährt werden. Diese standen schon im ersten Entwurf im Verhältnis von 86 % konsumtiven zu 14 % investiven Mitteln. Mit der jetzt vorliegenden zweiten Ergänzungsvorlage ändert sich an diesem Verhältnis nicht das Geringste. Es bleibt bei 86 zu 14 %.

(Zustimmung von Heinz Wirtz [SPD])

Das zeigt, dass hier keinesfalls zugunsten der Verfassungsmäßigkeit des Landeshaushalts und zulasten der Kommunen eingegriffen worden ist. Es sind auf der Basis dieses Verhältnisses lediglich Kürzungen bei den einzelnen Ansätzen vorgenommen worden. Und die waren nun einmal unvermeidlich.

Es konnte andererseits auch nicht zugunsten der Kommunen in dieses Verhältnis investiv/konsumtiv eingegriffen werden; denn das - das wissen Sie - hätte tatsächlich die Verfassungsmäßigkeit des Landeshaushalts gefährdet.

Wenn also im Steuerverbund gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf 366,4 Millionen €

einzusparen waren und das im Verhältnis der bestehenden Aufteilung nach konsumtiven und investiven Zuweisungen erfolgen musste, dann bedeutete das, dass rund 317 Millionen € im konsumtiven Bereich und rund 49,4 Millionen € im investiven Bereich einzusparen waren. Das war die logische Schlussfolgerung.

An konsumtiven Zuweisungen sind im Steuerverbund nun einmal nur die Schlüsselzuweisungen in Form allgemeiner Deckungsmittel und die Bedarfszuweisungen ausgewiesen. Die hier vorgenommenen Kürzungen waren deshalb besonders schmerzhaft, aber sie waren auch unvermeidbar.

Ebenso unvermeidbar waren die anteiligen Kürzungen im investiven Bereich, die sich im Wesentlichen bei den originären zweckgebundenen Zuweisungen, z. B. bei der Städtebauförderung und Stadterneuerung, niedergeschlagen haben.

Nun sieht die zweite Ergänzungsvorlage - das ist hier angemerkt worden - erstmals die Ausweisung so genannter investiver Schlüsselzuweisungen vor. Das hat nichts - wie ich schon hörte - mit etwaiger "kreativer Veranschlagung" zu tun. Das stellt auch keinen Systembruch im Finanzausgleich dar. Das geschieht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit, und zwar der interkommunalen Verteilungsgerechtigkeit.

Nach den bisherigen Aufteilungsverhältnissen zwischen konsumtiven und investiven Zuweisungen war eine Absenkung des Ansatzes für die konsumtiv zu veranschlagenden Schlüsselzuweisungen um rund 304 Millionen € - das habe ich schon gesagt - unumgänglich. Das entspricht einem Minus gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf von rund 5,1 % und einem Minus gegenüber dem GFG 2002 von 4,4 %.

Unter Berücksichtigung der besonders hohen Negativabrechnung des Jahres 2001, die nun in 2003 verrechnet werden muss, haben, wie Sie wissen, die schlüsselzuweisungsberechtigten Kommunen im Jahre 2003 damit fast 1,1 Milliarden € weniger an Zuweisungen für die ohnehin kritischen Verwaltungshaushalte in ihren Kassen, und das, obwohl alle Kommunen zusätzlich erhebliche Einnahmeverluste bei ihren eigenen Steuereinnahmen, also etwa beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, bei der Umsatzsteuer, bei der Gewerbesteuer und bei der Grundsteuer, zu verkraften hatten.

Um in diesen Zeiten besonders enger Haushaltssituationen dem originären Zweck des Finanzausgleiches Rechnung zu tragen und damit steuer-schwachen Kommunen zulasten steuerstärker

Kommunen zu helfen, haben wir uns entschlossen, im Haushaltsjahr 2003 die bisher finanzkraftunabhängig verteilten Mittel der Investitionspauschalen bis auf den für die Abrechnung des Jahres 2001 notwendigen Betrag von 26,3 Millionen € aufzulösen

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und den verbleibenden Betrag den Schlüsselzuweisungen in Form investiver Zuweisungen zuzuschlagen. Diese investiv ausgewiesenen Schlüsselzuweisungen fließen zwar wie die Investitionspauschalen den Vermögenshaushalten zu, kommen aber entsprechend dem Schlüsselzuweisungsberechnungssystem stärker den ärmeren als den reicheren Kommunen zugute und schließen abundante Gemeinden in 2003 gänzlich von der Zuweisung aus.

Hierbei mussten wir auch den Sachverhalt beachten, dass abundante Gemeinden zwar ebenfalls von ihren eigenen Steuermindereinnahmen, aber weder von den hohen Negativabrechnungen des Jahres 2001 noch von der notwendigen jetzt vorzunehmenden sehr hohen Kürzung der eigentlichen konsumtiven Schlüsselzuweisungen betroffen sind. Insoweit dürfte ihnen der Verlust an Investitionspauschalen in Höhe von 26,7 Millionen € in - so sage ich - kommunaler Solidarität zugemutet werden können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die dagegen vorgebrachte Kritik, dass diese Maßnahme zu ungerechtfertigten Umverteilungseffekten vom kreisangehörigen in den kreisfreien Raum führte, teile ich nicht. Wir haben uns entschieden, der Verteilungsgerechtigkeit bei der Aufteilung der noch verfügbaren Mittel im Steuerverbund absoluten Vorrang einzuräumen. Das geht aber nur, wenn ausnahmsweise - und ich füge hinzu: wenn möglich nur einmalig, ausnahmsweise und einmalig - bisher finanzkraftunabhängige Zuweisungen nach den Kriterien des Schlüsselzuweisungsberechnungssystems verteilt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Andere Möglichkeiten, die Zielsetzung des Finanzausgleichs in dieser Situation in den Vordergrund zu rücken, sind entgegen der Auffassung der Kritiker nach meiner Auffassung nicht gegeben.

Meine Damen und Herren, ich will auch an dieser Stelle noch einmal - weil auch Herr Palmer das wieder angesprochen und mich dazu ein Brief von Herr Britz erreicht hat - auf die Frage der Schulpauschale eingehen. Herr Britz, Sie erlauben viel-

leicht, dass ich damit Ihren Brief öffentlich beantworte.

Was Sie mit Ihren immer wiederkehrenden Behauptungen bezwecken, hier seien Versprechen gebrochen worden, hier seien Absenkungen vorgenommen worden, die nicht angekündigt gewesen seien, erschließt sich mir letztlich nicht. Wiederholt habe ich und haben auch andere klargestellt, was ich bei öffentlichen Veranstaltungen oft gesagt habe. Sie, Herr Britz, müssten das bestätigen können, denn Sie waren bei einer dieser Veranstaltungen Ende Januar dieses Jahres in Köln dabei. Bringt uns die ständige Wiederholung dieser Behauptungen von Ihrer Seite und Klarstellungen meinerseits in der Sache denn wirklich weiter? - Ich denke nicht. Land und Kommunen haben weiß Gott andere Probleme, als dass wir unsere Zeit damit vergeuden sollten.

Ich wiederhole nochmals. Die Landesregierung hatte bei der Einbringung des GFG 2002 die Schulpauschale mit 460 Millionen € ausgestattet. Die Landesregierung hat die Schulpauschale in dieser Höhe für jedes Haushaltsjahr in dieser Legislaturperiode zugesagt. Diese Zusage hat die Landesregierung mit dem GFG 2003 eingehalten. Für die kommenden Haushaltsjahre ist diese Zusage für die Landesregierung Auftrag und Verpflichtung zugleich. Sie und ich wissen, was dies angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen bedeutet.

Durch einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zur zweiten Lesung des GFG 2002 ist damals die Schulpauschale im Vorgriff auf das Jahr 2003 um 40 Millionen € aufgestockt worden. Ich will heute nicht nochmals die Geschichte dieses Änderungsantrages, die Sie ja kennen, im Detail erläutern. Gewollt war und erreicht wurde mit dieser Erhöhung ein Schub für den Bau und die Sanierung von Schulen im ersten Jahr der Schulpauschale. An keiner Stelle habe ich erklärt, dass dieser erhöhte Ansatz Maßstab für die kommenden Haushaltsjahre sein sollte. Im Gegenteil: Ich selber und andere haben immer betont, dass der erhöhte Ansatz im Jahre 2002 zur Verfügung steht. Die Erhöhung ändert aber rein gar nichts an der Zusage der Landesregierung für die kommenden Haushaltsjahre. Deshalb ist folgerichtig der Vorgriff im GFG-Entwurf 2003 von den 460 Millionen € abgesetzt worden. Auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, werden nicht daran vorbeikommen: Die Landesregierung hält sich an die Zusage, die sie gemacht hat. Ich will abschließend noch Folgendes hinzufügen.

Vizepräsident Jan Söffing: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Nein, nicht an dieser Stelle. - Trotz der einschneidenden Veränderungen aufgrund der November-Schätzungen ist der Ansatz für die Schulpauschale nicht angetastet worden. Die Landesregierung dokumentiert damit nochmals, wie wichtig ihr die Sanierung der Schulgebäude ist. Sollten nicht auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sich mit diesem Ziel auseinander setzen, anstatt ständig wiederkehrend alte Debatten zu beleben versuchen?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Schüler, Eltern und Lehrer haben ein berechtigtes Interesse, dass dem Sanierungsstau abgeholfen wird. Dafür sorgen wir mit der Schulpauschale, und das wissen die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

Meine Damen und Herren, eine Schlussbemerkung! Die Situation der Kommunalfinanzen ist schmerzlich für die Kommunen, für die Kommunalpolitik, für die Bürgerinnen und Bürger, weil Einsparungen zu verkraften und auszuhalten sein werden, auch für die konjunkturelle Entwicklung. Deshalb kommt es darauf an, so schnell wie möglich unseren Kommunen verlässliche Einnahmen und eine eigene Einnahmequelle in Form einer eigenen Steuer zu verschaffen. Da hilft es überhaupt nichts, wenn mit Herrn Rüttgers und dem Wirtschaftsflügel der CDU-Fraktion Sie ihnen Steine statt Brot bieten: eine Beteiligung an anderen Steuern. Das setzt die Kommunen einer Verteilungsdiskussion in weiteren politischen Debatten aus, die ihnen überhaupt nicht hilft. Sie lassen damit die Kommunen allein.

Wir unterstützen die kommunalen Spitzenverbände mit ihren Forderungen, eine verlässliche Einnahmequelle für die Kommunen bereitzustellen. Wir setzen uns vehement für baldige Ergebnisse in der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen ein, und es wäre sehr gut, meine Damen und Herren von der Opposition, wenn Sie uns dabei auf allen Ebenen, auch in der Kommission mit den dort vertretenen Mitgliedern Ihrer Couleur, im Interesse der Kommunen unseres Landes unterstützen würden. - Vielen Dank!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Jäger das Wort.

Ralf Jäger (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den wenigen Minuten, die mir noch verbleiben, möchte ich auf das Bezug nehmen, was mein Kollege Wirtz schon im Allgemeinen zum GFG ausgeführt hat, aber auch noch die eine oder andere Richtigstellung im Hinblick auf das vornehmen, was Herr Palmen und Herr Rasche heute vorgetragen haben. Ich weiß, Herr Palmen, Sie freuen sich schon darauf.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Ich denke, dass wir einer Meinung sind, dass sich die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahre 2002 und vermutlich auch in der ersten Hälfte 2003 in einer ziemlich kritischen Lage befinden. Dennoch muss man bedenken: Anders als in acht Bundesländern, wo das wirtschaftliche Ungleichgewicht festgestellt worden ist, um die Verfassungsmäßigkeit der Haushalte aufrechterhalten zu können, ist dies in Nordrhein-Westfalen nicht geschehen. Nordrhein-Westfalen kürzt auch nicht die Beteiligung der Kommunen an den Einnahmen der wesentlichen Steuern. Der Verbundsatz bleibt bei 23 %. Das ist deutlich mehr, als andere Bundesländer zur Finanzierung der Gemeinden leisten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tatsache ist auch, dass insgesamt die Verbundmasse aufgrund von Steuermindereinnahmen weniger wird und damit den Gemeinden vom Land weniger Geld weitergereicht wird.

Jetzt haben wir von Ihnen, Herr Rasche und Herr Palmen, gehört, was denn alles falsch sein soll. Interessant ist, was Sie als richtig ansehen. Sie sagen: Als Entgegnung auf die verminderten Steuereinnahmen muss das Land Einsparungen im Landeshaushalt vornehmen, um damit die Gemeinden zu begünstigen. - Ich habe gestern bei keiner einzigen Einzelplanberatung erlebt - und werde es wohl auch heute nicht erleben -, dass die CDU auch nur an einer Stelle tatsächlich Einsparungen vorschlägt. Sie erwartet im Gegenteil massive Ausgabenerweiterungen des Landes.

(Christof Rasche [FDP]: Alles gedeckt aus dem Haushalt!)

Nachdem die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung den "Abbruch" der Gewerbesteuer betrieben hat, fordern jetzt CDU und FDP unisono die Abschaffung dieser Gewerbesteuer, um damit die Gemeinden in das Unverlässliche herabsinken zu lassen. Zugleich verlangen Sie Steuersenkungen auf allen Ebenen. - Diese Steuersenkungen über würden noch einmal zusätzlich nicht nur die Län-

derkassen, sondern insbesondere die Gemeinden treffen.

Wenn man zusammenfasst, was Sie, Herr Rasche und Herr Palmen, vorgetragen haben, muss man immer wieder an einen Spruch aus der Sponti-Zeit erinnern:

Vizepräsident Jan Söffing: Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Ralf Jäger (SPD): "Es reicht nicht, nur keine Meinung zu haben, man muss auch unfähig sein, sie zu vertreten." - Das ist die Politik, die Sie hier betreiben.

Ich möchte noch einen Satz zu dem Gefälle zwischen dem ländlichen Raum und den Kreisen hinzufügen. Das GFG kennt eine solche Trennung nicht.

(Zuruf von Dr. Ingo Wolf [FDP])

- Wir machen es hier als Fortbildungsveranstaltung, Herr Wolf, damit Sie und Ihre Fraktion es endlich verstehen. Herr Palmen und Herr Rasche, statt sich als Ortsbauernführer aufzuschwingen und den ländlichen und kreisfreien Raum begünstigen zu wollen, sollten Sie wissen, was das Ziel des GFG ist. Das Ziel ist nämlich, Solidarität durch den Ausgleich zwischen den Gemeinden Nordrhein-Westfalens herzustellen. Daran sollten Sie sich orientieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Jäger. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Jäger, mit Unverschämtheiten gewinnt man hier nichts. Das kann ich Ihnen nur sagen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie brauchen uns nicht zu belehren, sondern Sie müssen selber feststellen, dass Sie ohne Kleider dastehen, dass Sie nämlich kein Geld mehr haben und dass Sie dieses in hohem Maße zulasten der Kommunen ausgehen lassen.

(Zuruf von Frank Baranowski [SPD])

Noch etwas zu dem, was hier kritisch angemerkt wurde. Stichwort: Steuerreform Bundesregierung; Rot-Grün kontra Programm der CDU und FDP in früheren Zeiten.

Herr Jäger, Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass wir eine Steuertarifsenkung fordern, was nicht gleichbedeutend ist mit weniger Steuereinnahmen. Dass muss man verstehen, Herr Jäger. Sie tun das nicht. Sie nehmen nicht zur Kenntnis, dass es in anderen Ländern funktioniert hat. Deswegen verweigern Sie sich. Wir fordern es nach wie vor.

Genauso fordern wir, was Sie nicht geleistet haben: einen Bund-Länder-Finanzausgleich, der sich in die Richtung Wettbewerb begibt.

Das heißt, alles, was Sie an Gleichmacherei und Umverteilung wollen, wollen wir nicht. Wir wollen Bewegung in diesen Staat bringen. Weil Sie das nicht wollen, funktioniert es auch nicht.

Zum Thema Gewerbesteuer. Auch hier werden Sie natürlich nicht müde - auch der Herr Ministerpräsident, der uns mittlerweile verlassen hat, nicht -, die Opposition zu geißeln, sie hätte kein Konzept.

(Zustimmung von Johannes Remmel [GRÜNE])

- Ach, Herr Remmel, prima, wunderbar! Herr Remmel ist aufgewacht. Das lässt hoffen, dass er versteht, was ich jetzt sage. - Entscheidend ist, dass es Konzepte gibt, Sie sie allerdings nicht zur Kenntnis nehmen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Welche denn?)

Der Bund der Steuerzahler hat ein Institut beauftragt, der Bundesverband der Deutschen Industrie hat ein Konzept, wir haben ein ähnliches Konzept. Alles das wollen Sie nicht, weil Sie alles so lassen wollen wie es ist. Dabei gaukeln Sie den Kommunen vor, dass es wieder besser würde - wider besseres Wissen, denn es wird nicht mehr besser. Diese Gewerbesteuer selbst in der von Ihnen revitalisierten Form wird es nicht bringen. Ich sage es Ihnen, und Sie werden es einsehen. Hinterher ist die Not noch größer. Wir haben ein System entwickelt, in dem die Kommunen in der Tat besser dastehen, planungssicher, mit stetigeren Einnahmen. Und wir binden es ein in unser Steuertarifmodell, was insgesamt keine Erhöhung der Steuertarife für die Bürger zur Folge hat.

Gerechtigkeitsdebatte: Lieber Herr Jäger, hören Sie doch mal zu, wenn ich mit Ihnen spreche.

(Rainer Bischoff [SPD]: Das ist Ihre Arroganz da vorne!)

Ich höre in aller Ruhe zu, wenn Sie mit mir sprechen, aber Sie hören überhaupt nicht zu.

Lieber Herr Jäger, Ihnen und auch Herrn Wirtz ist zuzugeben, dass es de jure keine Unterscheidung zwischen den Großstädten im kreisfreien Raum und im ländlichen Raum gibt. De facto gibt es den Unterschied aber. Das müssen Sie doch zur Kenntnis nehmen. Das heißt: Natürlich verteilen Sie zum jetzigen Zeitpunkt massiv zugunsten der kreisfreien Städte um, die, lieber Herr Wirtz, wegen der geringeren Steuerkraft jetzt mehr bekommen sollen.

(Heinz Wirtz [SPD]: So ist das!)

Sie verteilen um, was Sie im Übrigen auch an anderer Stelle als einziges politisches System kennen. Dabei ist die GFG-Gerechtigkeit noch lange nicht nachgewiesen. Ich sage immer wieder, es ist zwar vom Verfassungsgericht nicht beanstandet worden, aber damit ist es in der kommunalen Familie noch lange nicht gerecht. Darüber können wir uns lange streiten.

Was den Strukturwandel anbetrifft, habe ich heute Morgen gelernt, wie leicht man im ländlichen Raum verkünden kann: Die sind nicht auf die Füße gekommen; das hat mit der Strukturreform nicht geklappt. Komischerweise halten Sie bei der Steinkohledebatte immer daran fest, dass dieser Strukturreformprozess noch 50 Jahre weitergehen soll. Das ist interessant. Kurorte, Freiraumpauschale - alle diese Dinge sind für Sie nicht interessant. Da wird kurzerhand gestrichen.

Dann zu einem Thema, welches uns auch beschäftigt: die Investivbindung der Schlüsselzuweisungen. Dass Sie damit massiv in das Thema Ausgleich der Verwaltungshaushalte eingreifen, muss man festhalten.

Vizepräsident Jan Söffing: Ich darf bitten, zum Ende zu kommen.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Mit dem Thema "fiktive Hebesätze" versuchen sich die Grünen zu profilieren. Das ist immer sehr spannend. Stimmen Sie doch dagegen, wenn es falsch ist. Wir sagen, dass die Anhebung der fiktiven Hebesätze falsch ist. Das tun Sie nicht. Sie dokumentieren ihre Kommunalfeindlichkeit auch an dieser Stelle wieder. Wir lassen Ihnen das nicht durchgehen. Sie werden an dieser Stelle die Opposition nicht dazu bekommen, diesen falschen Ansätzen zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Wolf. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt noch einmal Herr Kollege Groth das Wort.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Wolf, das lassen wir Ihnen hier nicht durchgehen. Letzter Redebeitrag und dann sozusagen hart an der Büttenrede.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin bei den Plenardebatten einen anderen Umgang mit der Fachlichkeit gewohnt.

(Zuruf von Hans Peter Lindlar [CDU])

Herr Uhlenberg. Sie können sich sicherlich noch daran erinnern, was die Kurorte wirklich in Schwierigkeiten gebracht hat. Das war die Abschaffung der vierten Kurwoche durch die Koalition CDU, CSU und FDP. Das hat unseren Kurorten geschadet. Sie sind jetzt in einem Wandel, organisieren sich um, machen andere Angebote, z. B. Wellness. Dabei wollen wir sie unterstützen.

Sie von der Opposition fahren hier eine doppelte Doppelstrategie. Erstens. Vor Ort sind Sie zusammen mit Wittke und anderen für die modernisierte Gewerbesteuer. Da sind Sie dafür, dass die Gewerbesteuer erhalten bleibt. Hier sind Sie dagegen. Nach dem Motto: Hoffentlich merkt es keiner in diesem Lande.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

So geht das nicht. Nach dem heutigen Tag geht das so nicht mehr. Sie haben sich als Totengräber der kommunalen Finanzen geoutet.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Die zweite Doppelstrategie ist folgende: Wir diskutieren seit einem halben Jahr über den Landeshaushalt, seit Wochen intensiv in den Ausschüssen. Sie haben bisher aber keinen einzigen Änderungsvorschlag zum GFG eingebracht. Sie wollen allerdings den großen Aufschlag machen und kündigen uns vielleicht etwas zur dritten Lesung an. Wenn Sie ernsthaft an einer Sachdebatte in dieser Frage interessiert wären und nicht nur den Unmut zwischen Groß und Klein schüren wollten, dann hätten Sie schon vor langem Änderungsvorschläge eingebracht. Die Zeit dazu war vorhanden.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich würde hier gerne einmal von Herr Wittke als Gastredner hören, was er als Oberbürgermeister von Gelsenkirchen zur Abschaffung der Gewerbesteuer sagt und dazu, dass die Investitionspauschale zugunsten des Schlüssels zurückgefahren wird. Das ist doch genau das, was die Menschen in den steuerschwachen Gemeinden brauchen.

Ich habe schon vor dem 22. September und noch bis vor wenigen Tagen einen Arbeitskreis zur Gemeindefinanzreform über alle Fraktionen in diesem Haus hinweg vorgeschlagen - die FDP hätte ich in dieser Frage nicht mehr so ganz ernst genommen -: zusammen mit der SPD, mit den Grünen, mit der CDU: die FDP hätten wir auch noch einbezogen.

(Manfred Palmen [CDU]: Nur Schau!)

Aber seit den letzten Tagen glaube ich nicht mehr an diese gemeinsame Arbeitsgruppe.

(Manfred Palmen [CDU]: An Sie glaube ich schon lange nicht mehr!)

Sie haben sich verabschiedet. Sie wollen eine Umverteilung: weg von der Belastung der Unternehmen durch Gewerbesteuer hin zur Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch Umsatzsteuer. Das werden wir nicht mitmachen.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die Lasten müssen in diesem Lande gerecht verteilt bleiben.

Sie könnten beim Steuervergünstigungsabbaugesetz, das am 18. Dezember im Bundestag diskutiert wird, mit dafür sorgen, dass die gewerbesteuerliche Organschaft abgeschafft wird. Das würde für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen in den nächsten zwei Jahren zwischen 80 Millionen und 100 Millionen € bringen. Was werden Sie tun? Sie werden das zusammen mit den B-Ländern ablehnen. Das zeigt deutlich, wie sehr Sie an der Seite der kommunalen Finanzen, wie sehr Sie an der Seite der großen und kleinen Kommunen in Nordrhein-Westfalen stehen.

(Manfred Palmen [CDU]: Sie haben keine Ahnung! Unsinn!)

Das ist keine Politik für dieses Land. Sie richten die Kommunen zugrunde. Wir versuchen, in dieser Zeit mit Solidarität und Solidität Politik zu machen. Das werden wir uns auch von Ihnen nicht kaputtreden lassen. - Schönen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Groth. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich damit die Beratung schließen kann.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über das **GFG** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/3317**. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dage-

gen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2003 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von FDP und CDU in zweiter Lesung **angenommen**.

Zur Vorbereitung der dritten Lesung stimmen wir nun über die **Rücküberweisung des Gemeindefinanzierungsgesetzes an den Haushalts- und Finanzausschuss** ab. Wer dieser Rücküberweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Rücküberweisung einstimmig **beschlossen**.

Ich rufe **Nummer 2** auf:

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Es geht um folgende Teilbereiche: a) Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Naturschutz. b) Umwelt und c) Eine-Welt-Politik.

Ich verweise erstens auf die **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 13/3310** und zweitens auf den **Änderungsantrag** der CDU zum Einzelplan 10 **Drucksache 13/3357**.

Wir beginnen mit dem Teilbereich

a) Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Naturschutz

Für die CDU-Fraktion erteile ich zunächst Herrn Kollegen Uhlenberg das Wort.

Eckhard Uhlenberg (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Obwohl der Landtag im Rahmen der zweiten Lesung nun zwei Tage den Haushaltsplan 2003 zu beraten hat, wird für mich eines sehr deutlich: Die Haushaltsplanberatungen sind eine Farce. Die Entmündigung des Parlaments schreitet von Jahr zu Jahr fort. Die im Haushaltsentwurf der Landesregierung enthaltenen Zahlen sagen in Wirklichkeit nicht mehr viel aus. Sie sind höchstens eine Richtschnur. Mit Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit hat das nicht mehr sehr viel zu tun.

Dazu kommt die Haushaltssperre, die jedes Jahr in schlechter Tradition fortgesetzt wird. Die globalen Minderausgaben, die von der Landesregierung während der laufenden Haushaltsplanberatungen allein für den Einzelplan 10 in Höhe von 35 Millionen € eingebracht werden, natürlich ohne dem Parlament zu sagen, wo gespart werden soll,

stellen alle bescheidenen Oppositionsanträge in den Schatten, von denen sicher auch heute von den Kolleginnen und Kollegen wieder stereotyp behauptet wird, diese seien, obwohl mit Deckungsvorschlägen ausgestattet, nicht finanzierbar.

Die Koalitionsfraktionen winken den Haushaltsplanentwurf einfach durch. Bei den Grünen mag dies ja verständlich sein. Sie sehen ihre Aufgabe wohl darin, die wenig demokratischen Haushaltsplanberatungen ihres Ministeriums zu flankieren. Das ist allerdings das Gegenteil von Basisdemokratie, was wir hier inzwischen machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die SPD, die selbst zu der Zeit - das muss man sich einmal vor Augen führen -, als sie noch den Minister stellte, Anträge einbrachte, um ihre Schwerpunkte deutlich zu machen, sagt nun gar nichts mehr. Weder im Ausschuss noch hier wird irgendetwas beantragt. Sie sagen nichts mehr. Sie beantragen auch nichts mehr. Bei Matthiesen wurden ja noch ein paar Anträge gestellt. Das hat sich bei der SPD alles erledigt. Man hat sich von der gestalterischen Politik verabschiedet und ist nur noch Mehrheitsbeschaffer für Frau Höhn.

Die CDU wird im Ausschuss von Frau Höhn wenigstens noch angebrüllt und als Totengräber der Landwirtschaft beschimpft. Darauf bin ich auch stolz.

(Ministerin Bärbel Höhn: Angebrüllt haben wir uns nicht!)

- Genauso war es das letzte Mal.

Aber auch die Kleingärtner in Nordrhein-Westfalen können auf die SPD nicht mehr stolz sein, da sie, die früher einmal ein freundschaftliches Verhältnis zu den Kleingärtnern pflegte, auch hier ein Totalausfall ist. Selbst dieser Antrag fand nicht mehr die Unterstützung der SPD. Es wird sich herumsprechen, meine Damen und Herren.

Der Haushaltsplan begleitet die Politik der Landesregierung zur flächendeckenden Extensivierung der Landwirtschaft. Diesen Weg geht die CDU-Landtagsfraktion nicht mit. Wir wollen eine umweltverträgliche, nachhaltige Landwirtschaft, wir wollen die gläserne Landwirtschaft, die auch wettbewerbsfähig ist. Wir wollen sie unterstützen, ob die Landwirte als Biobauern oder konventionell arbeiten. Sie müssen sich vor allem im europäischen Markt behaupten können.

Rot-Grün tut alles,